Straßen- beleuchtungsvertrag

zwischen

der Großen Kreisstadt Delitzsch
vertreten durch den Oberbürgermeister
Herrn Dr. Manfred Wilde,

- nachfolgend „**Auftraggeber oder Stadt**“ genannt –

und

der Stadtwerke Delitzsch GmbH
vertreten durch den Geschäftsführer
Herrn Dr. Robert Greb,

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt -

- nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ genannt -

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Grundstücksbenutzungsrecht	4
§ 3 Eigentum der öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen.....	5
§ 4 Verkehrssicherungspflicht	6
§ 5 Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	6
§ 6 Beauftragung von Subunternehmern	7
§ 7 Anzeige und Kontrolle der Leistungen.....	7
§ 8 Vertragsstörungen	7
§ 9 Haftung, Versicherungen, Schadensmitteilungen.....	8
§ 10 Jährliche Vergütung des Auftragnehmers	9
§ 11 Haftung	10
§ 12 Vertragsdauer und Kündigung	11
§ 13 Schlussbestimmungen; Vertragsänderungen.....	11
§ 14 Teilnichtigkeit	12
§ 15 Schiedsklausel.....	12
§ 16 Änderung der Verhältnisse.....	13
§ 17 Schlussbestimmungen	13
Liste der Anlagen zum Vertrag.....	13

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages sind sämtliche Leistungen im Rahmen der Durchführung der öffentlichen Aufgaben des Auftraggebers auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung sowie der Elektroarbeiten, insbesondere die in Anlage 1 (Leistungsumfang / Leistungsbeschreibung) aufgeführten Leistungen.
- (2) Dem Auftragnehmer obliegt die vollständige Erfüllung der vereinbarten Leistungen. Er hat hierbei die in Anlage 1 aufgeführte Leistungsbeschreibung zu beachten und Fristen einzuhalten. Zur Erfüllung der in Anlage 1 vereinbarten Leistungen können durch den Auftraggeber auch weitere Einzelaufträge erteilt werden. Für dringende Fälle, z.B. bei Gefahr im Verzug, können durch den Auftraggeber in den Einzelaufträgen auch kürzere bzw. umgehende Erledigungsfristen vorgegeben werden. Bei Terminüberschneidungen erfolgt die Abarbeitung in der Reihenfolge des Eingangs der Aufträge, soweit eine andere Reihenfolge nicht sinnvoller ist.
- (3) Die Stadt überträgt dem Auftragnehmer für die Dauer dieses Vertrages neben den in Anlage 1 enthaltenen Leistungen auch folgende Leistungen: Planung, Errichtung, Erweiterung, Änderung (inklusive Reduzierung und Beseitigung der Altanlage) der Straßenbeleuchtungsanlagen.

Die Stadt bestimmt eigenverantwortlich den Umfang und die Ausführungsart der Straßenbeleuchtungsanlagen. Sie darf eine Erweiterung, Änderung, Erneuerung der Anlagen und einen Rückbau beauftragen.

Der Auftragnehmer projiziert nach der in Anlage 1, Pkt. 1.4 e) genannten Norm im nächsten Schritt die gewünschte Errichtung, Erweiterung, Änderung oder den Rückbau der Straßenbeleuchtungsanlagen und unterbreitet der Stadt ein entsprechendes Budgetangebot. Dieses Budgetangebot beinhaltet die Material-, Personal- und Sachkosten sowie die Kosten für eventuell anfallende Tiefbauarbeiten.

Die Bauausführung erfolgt nach schriftlicher Auftragserteilung durch die Stadt.

Beleuchtungsanlagen, die altersbedingt erneuert werden müssen, oder die im Rahmen von Tiefbaumaßnahmen aus technischen Gründen erneuert werden, projiziert der Auftragnehmer ohne Aufforderung durch die Stadt.

Der Auftragnehmer stimmt die neu projektierten Straßenbeleuchtungsanlagen mit der Stadt ab, sodass Änderungswünsche der Stadt berücksichtigt werden können. Die Ausführung erfolgt nach separater Beauftragung der Stadt.

Die Kosten für Errichtung, Erweiterung, Änderung oder den Rückbau der Straßenbeleuchtungsanlagen wird der Auftragnehmer nach Abschluss separat in Rechnung stellen.

- (4) Der Auftragnehmer erstellt für das abgelaufene Jahr bis zum 15. März des Folgejahres die zum Nachweis der Leistungserbringung notwendigen Daten und stellt diese dem Auftraggeber unter Beachtung der vom Auftraggeber übergebenen Übersicht (Anlage B) zur Verfügung.
- (5) Der Leistungsumfang wird vom Auftraggeber für das Folgejahr dem Auftragnehmer rechtzeitig, möglichst bis zum 30. September jeden Jahres, mitgeteilt.
- (6) Zu den öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen im Sinne dieses Vertrages gehören alle Einrichtungen nebst Zubehör, die der Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsfläche dienen, einschließlich der Steuerungs- und Schaltanlagen sowie der Niederspannungskabel und -freileitungen, die ausschließlich der öffentlichen Beleuchtung dienen (Beleuchtungskabel) sowie Objektscheinwerfer und Strahler, nicht jedoch beleuchtete Verkehrszeichen, Lichtsignalanlagen und ortsveränderliche Signalisierung.

§ 2

Grundstücksbenutzungsrecht

- (1) Die Stadt räumt dem Auftragnehmer das Recht ein, alle im Vertragsgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrsflächen ober- und unterirdisch zu Bau und Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen unentgeltlich zu nutzen. Das Gleiche gilt für sonstige kommunale Grundstücke und Bauwerke.

Die Inanspruchnahme von Grundstücken und Bauwerken zum Bau und Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen ist zuvor mit der Stadt abzustimmen.

- (2) Benötigt der Auftragnehmer ein Nutzungsrecht von einem Dritten, wird die Stadt sich dafür einsetzen, dass der Auftragnehmer das Recht erhält.

- (3) Die Stadt ist verpflichtet, bei einer Veräußerung von öffentlichen Verkehrsflächen sowie sonstigen stadteigenen Grundstücken und Bauwerken an einen Dritten, die Rechte des Auftragnehmers aus diesem Vertrag gegenüber dem Dritten sicherzustellen und insbesondere zu Gunsten des Auftragnehmers für diesen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zu bestellen, wenn der Auftragnehmer in diesen Flächen oder Bauwerken öffentliche Straßenbeleuchtungseinrichtungen eingebaut hat oder der Einbau bereits geplant ist.
- (4) Bei einem Wechsel der Straßenbaulast hat die Stadt, soweit rechtlich möglich, gegenüber dem Rechtsnachfolger die Rechte des Auftragnehmers sicherzustellen.

§ 3

Eigentum der öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen

- (1) Die bereits bestehenden öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen stehen im Eigentum des Auftraggebers. Eigentümer aller innerhalb der Vertragslaufzeit neu errichteten Straßenbeleuchtungseinrichtungen wird ebenfalls der Auftraggeber. Im ländlichen Raum (Ortschaften) gibt es ein geteiltes Eigentum. Hier werden Anlagenteile des Niederspannungsnetzes, das im Eigentum des Auftragnehmers steht, von der Straßenbeleuchtungsanlage mitbenutzt.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, die öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen für Verkehrs- und Lichtzeichen im Sinne der Straßenverkehrsordnung sowie für Hinweiszeichen auf städtischen Einrichtungen unentgeltlich mitzubedenutzen, soweit der Betrieb oder die Sicherheit der Stromversorgung hierdurch nicht behindert oder gefährdet werden. Falls die Stadt beabsichtigen sollte, Verkehrs- bzw. Lichtzeichen oder Hinweisschilder an den öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen anzubringen, wird sie sich hierüber zuvor mit dem Auftragnehmer verständigen.

§ 4

Verkehrssicherungspflicht

- (1) Die Verkehrssicherungspflicht für die öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen obliegt dem Auftragnehmer.
- (2) Die Verkehrssicherungspflicht für die öffentlichen Verkehrsflächen wie Straßen, Wege und Plätze verbleibt im Übrigen bei der Stadt.
- (3) Die Stadt wird den Auftragnehmer über Störungen, Mängel oder Schäden an den öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen, die ihr bekannt werden, unverzüglich unterrichten.

§ 5

Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seinen Betrieb so einzurichten, dass er in der Lage ist, den Anforderungen der in Anlage 1 genannten Leistungen jederzeit ordnungsgemäß nachzukommen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften, den jeweils allgemein anerkannten Regeln und dem jeweiligen Stand der Technik und sonstigen einschlägigen Vorschriften, insbesondere hat er die für alle Dienstleistungen notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen. Die einzelnen, vom Auftragnehmer im Rahmen der Erfüllung der übernommenen Aufgaben zu erbringenden Leistungen zur Wartung und Instandhaltung sind in Anlage 1 zu dem Vertrag aufgeführt.
- (3) Kosten, die dem Auftragnehmer durch von der Stadt gewünschte Änderungen an bestehenden öffentlichen Straßenbeleuchtungseinrichtungen entstehen, werden durch die Stadt getragen.
- (4) Erfolgt die Änderung auf Veranlassung des Auftragnehmers, so trägt dieser die entstehenden Kosten.
- (5) Haben weder die Stadt noch der Auftragnehmer die Änderungen veranlasst, so sind die Kosten in gemeinsamen Bemühen auf den jeweiligen Drittveranlasser zu übertragen. Ist das nicht möglich, so trägt der Auftragnehmer die entstehenden Kosten.

§ 6

Beauftragung von Subunternehmern

- (1) Der Auftragnehmer darf zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben Subunternehmer beauftragen. Der Auftragnehmer haftet für alle Handlungen des Subunternehmers.
- (2) Dem Auftraggeber sind beabsichtigte Verträge mit Subunternehmen mitzuteilen, wenn damit zu rechnen ist, dass es im Zusammenhang mit der Beauftragung zu betriebsbedingten Kündigungen beim Auftragnehmer kommt.

§ 7

Anzeige und Kontrolle der Leistungen

Der Auftraggeber ist berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen durch seine Beauftragten zu kontrollieren bzw. eine Anzeige der Fertigstellung zu verlangen. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich zu jeder angemessenen Zeit durch Augenschein und Überprüfung von der vertragsgerechten Ausführung der Arbeiten zu überzeugen.

§ 8

Vertragsstörungen

- (1) Führt der Auftragnehmer aus einem Grund, den er selbst zu vertreten hat, vereinbarte Leistungen ganz oder teilweise nicht durch, so kann der Auftraggeber nach erfolgtem Ablauf einer von ihm schriftlich gesetzten und dem Auftragnehmer anzuzeigenden angemessenen Frist die Dienstleistung auf Kosten des Auftragnehmers in eigener Regie oder von Dritten ausführen lassen. Die dem Auftraggeber dadurch entstehenden Mehraufwendungen trägt der Auftragnehmer.

Eine Ablehnung von Leistungen und Aufträgen ist durch den Auftragnehmer gegenüber der Stadt schriftlich zu begründen. Soweit kein Einvernehmen erzielt wird und die Durchsetzung des Auftrages erfolgt (Mahnung mit Fristsetzung), ist diese durch die Stadt zu begründen.

- (2) Der Auftragnehmer hat eintretende Betriebsstörungen, die erheblichen Leistungsverzug oder Nichterfüllung der Leistung verursachen und durch höhere Gewalt sowie andere unvorhergesehene Hindernisse, wie z. B. Naturkatastrophen, Streik, Aussperrung, Aufruhr o.a. hervorgerufen werden, nicht zu vertreten.
- (3) Er verpflichtet sich in diesen Fällen bei Aufhebung bzw. Wegfall der Störungen zur unverzüglichen und eigenverantwortlichen Aufnahme der Arbeit, um ab diesem Zeitpunkt eine vertragsgerechte Leistungserbringung zu garantieren.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber über die in Abs. 2 genannten Betriebsstörungen unverzüglich nach Kenntnisnahme zu informieren.

§ 9

Haftung, Versicherungen, Schadensmitteilungen

- (1) Der Auftragnehmer haftet entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gegenüber dem Auftraggeber für alle durch ihn, seinen Betrieb, seine Bediensteten, auch Leiharbeiter und Subunternehmer, verursachten Schäden.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausreichende Versicherungen abzuschließen und diese Versicherungen während der Laufzeit des Vertrages zu unterhalten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei festgestellten Schäden am Eigentum des Auftraggebers diese dem Auftraggeber zu melden sowie die erforderliche Mitwirkungshandlung für die Geltendmachung des Schadenersatzes durch den Auftraggeber, insbesondere eine Abrechnung, zu erbringen. Für die Bearbeitung von Haftpflichtschäden sind auf Anforderung die erforderlichen Informationen zuzuarbeiten.

§ 10

Jährliche Vergütung des Auftragnehmers

- (1) Für den Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlagen erhält der Auftragnehmer für den Anlagenbestand gemäß Anlage 2 vom Auftraggeber:
 - Für jeden Lichtpunkt (Anlagenbestand zum 01.01.2020 mit 4.161 Lichtpunkte) 48,90 € (netto) pro Jahr, zzgl. der gesetzl. MwSt.
 - Für den Betrieb der sonstigen elektrotechnischen Anlagen:
Anlage Marktplatz gem. Anlage 1 Pkt. 4:

1.716,00 € (netto) pro Jahr, zzgl. der gesetzl. MwSt.

Anlage Begegnungsstätte gem. Anlage 1 Pkt. 5:

1.716,00 € (netto) pro Jahr, zzgl. der gesetzl. MwSt.
- (2) Bei Änderungen des Leistungsumfanges (Anlagenerweiterung/ Lichtpunkte) wird das jährliche Nettoentgelt rückwirkend auf den 01.01. des jeweiligen Jahres bis zum 01.04. entsprechend den festlegten Pauschale je Lichtpunkt angepasst.
- (3) Das Entgelt ist in monatlichen gleichen Raten zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer zu zahlen.
- (4) Die Bestandteile der unter § 10 Abs. 1 genannten Vergütung ändern sich jährlich, erstmalig zum 01.01.2023, wenn sich die Kosten für Personal und Material ändern. Die Vergütung setzt sich aus 75% Personalkosten und 25 % Materialkosten zusammen.
 - Die Fortschreibung für den Bereich Personalkosten erfolgt auf Basis der Veränderung des Monatstabellenlohns eines Arbeitnehmers in Lohngruppe EG 5 Stufe 3 Entgelttabelle zum Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) in dem Maße wie sich der Tabellenlohn im jeweiligen Abrechnungsjahr im Vergleich zum Stand 01.01.2020 verändert hat.
 - Die Fortschreibung für den Bereich Materialkosten erfolgt auf Basis der Veränderung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) – Lange Reihen der Fachserie 17, Reihe 2, Lfd. Nr. 397 GP = 27 4 „Elektrische Lampen und Leuchten“ in dem Maße, wie sich der Index-Preis im Jahresdurchschnitt des Abrechnungsjahres im Vergleich zum Jahresdurchschnitt des vorangegangenen Jahres verändert hat.

Im Fall einer Veränderung der Personalkosten und / oder Materialkosten werden die Parteien das jährliche Nettoentgelt rückwirkend auf den 01.01. des jeweiligen Jahres bis zum 01.04. festlegen.

- (5) Der Auftragnehmer ist nur berechtigt, pro Jahr eine Preisanpassung nach Abs. 4 von maximal 2% vorzunehmen.
- (6) Sollte die tatsächliche Preissteigerung gemäß § 10 Abs. 4 in drei aufeinander folgenden Jahren jeweils höher als 2% sein, nehmen die Vertragsparteien auf Verlangen des Auftragnehmers Verhandlungen über eine Anpassung der Vergütung vor, die der tatsächlichen Teuerungsrate gemäß § 10 Abs. 4 Rechnung trägt. Sollten die Vertragspartner zu keiner Einigung bis zum 30.6. des Folgejahres (Jahr 4) kommen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, zum Ablauf des Jahres (Jahr 4) diesen Vertrag zu kündigen.

Sollte der Auftragnehmer eine Preissteigerung gemäß § 10 Abs. 4 in drei aufeinander folgenden Jahren eine Preissteigerung von jeweils 2% verlangen, dann kann der Auftraggeber Verhandlungen über eine Anpassung der Vergütung verlangen, sodass die Preissteigerung begrenzt wird. Sollten die Vertragspartner zu keiner Einigung bis zum 30.6. des Folgejahres (Jahr 4) kommen, so ist der Auftraggeber berechtigt, zum Ablauf des Jahres (Jahr 4) diesen Vertrag zu kündigen.

§ 11

Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet der Stadt für die nach diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und stellt die Stadt insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter frei. Die Haftung für die Verletzung von Verkehrssicherungspflichten außerhalb der vom Auftragnehmer übernommenen Verpflichtungen verbleibt bei der Stadt. Die Haftung für reine Vermögensschäden ist auf 20 Mio. Euro je Schadensfall begrenzt.
- (2) Erheben Dritte im Zusammenhang mit den nach diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen Ansprüche gegenüber der Stadt, hat die Stadt den Auftragnehmer unverzüglich hierüber zu unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Stadt darf Ansprüche Dritter, für die im Innenverhältnis eine Haftung des Auftragnehmers in Betracht kommt, nicht ohne Zustimmung des Auftragnehmers anerkennen oder vergleichsweise regeln. Die Stadt wird die Abwehr von Ansprüchen Dritter, die im Innenverhältnis eine Haftung des Auftragnehmers begründen, im

Interesse und auf Kosten des Auftragnehmers betreiben. Die Vertragspartner halten einander umfassend unterrichtet und stimmen jedes Vorgehen miteinander ab.

- (3) Ist der Auftragnehmer durch Fälle höherer Gewalt an der Erfüllung seiner nach diesem Vertrag übernommenen Pflichten gehindert, so ruhen diese Pflichten für die Dauer der unabwendbaren Ereignisse. Eine Haftung des Auftragnehmers besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in Fällen höherer Gewalt unverzüglich einen von der Stadt zu benennenden Ansprechpartner darüber zu unterrichten und mit allen zumutbaren Mitteln die Wiederaufnahme der Vertragserfüllung zu betreiben.
- (4) Werden die öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet durch Dritte beschädigt (z.B. Vandalismus, Fälle von Unfallflucht o.ä.), so unterstützen sich die Vertragsparteien bei der Aufklärung und Verfolgung der Schäden sowie der Geltendmachung von Ersatzansprüchen bestmöglich.

§ 12

Vertragsdauer und Kündigung

- (1) Der Vertrag ist für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2030 abgeschlossen und kann von den Vertragspartnern nur unter den Voraussetzungen des Abs. 2 und des § 10 Abs. 6 gekündigt werden. Der Vertrag kann im Einvernehmen mit einer Frist von neun Monaten vor Ende des Vertrags schriftlich zweimal um jeweils fünf Jahre (bis zum 31.12.2035 und bis zum 31.12.2040) verlängert werden.
- (2) Beide Vertragsparteien können den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos kündigen. Ein solcher liegt insbesondere vor, wenn ein Festhalten am Vertrag bis zu seinem vertraglich vorgesehenen Ende aufgrund eines groben Vertragsverstoßes nicht zugemutet werden kann.

§ 13

Schlussbestimmungen; Vertragsänderungen

- (1) Beide Parteien sind sich einig, dass bei Änderungen der für die Vertragserfüllung maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und bei Weisungen durch die Aufsichtsbehörde eine Anpassung des Vertrages von beiden Parteien verlangt werden kann. Änderungen und Zusätze zu diesem Vertrag sind zwischen den Vertragspartnern zu vereinbaren und bedürfen der Schriftform; Formerleichterungen sind ausgeschlossen.

- (2) Zwischen den Vertragsparteien besteht Einvernehmen darüber, dass bei Rechtsungültigkeit einer der Vertragsbestimmungen die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes nicht berührt wird und anstelle der rechtsungültigen Vertragsbestimmung eine sinnentsprechende rechtsgültige Bestimmung gilt bzw. der Vertrag um eine rechtsgültige Bestimmung zu ergänzen ist. Eine eventuelle Vertragslücke ist durch eine Bestimmung zu schließen, die dem Vereinbarungszweck am nächsten kommt.

§ 14

Teilnichtigkeit

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch eine etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt.
- (2) Beide Vertragspartner erklären, dass sie sich in diesem Fall bemühen werden, die ungültige Bestimmung durch eine gültige zu ersetzen.

§ 15

Schiedsklausel

- (1) Beide Parteien verpflichten sich zur Achtung der wechselseitigen wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Interessen. Sie sind sich daher einig, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, Konflikte einvernehmlich zu regeln. Erst wenn diese Bemühungen als gescheitert anzusehen sind, soll nachfolgende Schiedsklausel zur Anwendung kommen.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass sämtliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag oder im Zusammenhang mit ihm, einschließlich solcher über die Gültigkeit dieses Vertrages und dieser Schiedsklausel, ergeben, unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs, durch einen Schiedsrichter endgültig entschieden werden. Der Schiedsrichter wird einvernehmlich festgelegt; wird kein Einvernehmen erzielt, wird der Schiedsrichter durch den Präsidenten des Oberlandesgerichtes Dresden bestimmt. Der Schiedsrichter entscheidet auch über die Kosten der Überprüfung und berücksichtigt dabei, inwieweit die ursprünglichen Vorstellungen der Vertragsparteien in seinem Prüfungsergebnis Eingang gefunden haben. Im Zweifel sind die Kosten zwischen den Parteien zu teilen.

§ 16

Änderung der Verhältnisse

Ändern sich die wirtschaftlichen oder technischen Grundlagen dieses Vertrages so wesentlich, dass für eine Vertragspartei der Bestand einer Vertragsbestimmung des Vertrages eine unbillige Härte bedeuten würde, kann diese Partei beanspruchen, dass diese Vertragsbestimmung den geänderten Verhältnissen entsprechend angepasst wird.

§ 17

Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Absprachen wurden nicht getroffen.
- (2) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Schriftformklausel; Formerleichterungen sind ausgeschlossen. -
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so soll dies nicht zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen. Die Parteien werden vielmehr die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im Regelungsgehalt möglichst gleichkommende rechtswirksame Klausel ersetzen.

Liste der Anlagen zum Vertrag

Anlage 1: Leistungsumfang

Anlage 2: Anlagenbestand (wird jährlich aktualisiert)

Delitzsch, den

für die Stadtwerke Delitzsch GmbH

für die Große Kreisstadt Delitzsch

**Anlage 1
zum Straßenbeleuchtungs-
vertrag zwischen Stadt und
SWD**

Aufgaben und Leistungsverzeichnis

Die Arbeiten erstrecken sich auf das Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile sowie alle städtischen Einrichtungen und Grundstücke.

Inhaltsverzeichnis

1. Straßenbeleuchtung

- 1.1 Wartung und Instandhaltung Straßenbeleuchtungsanlage
- 1.2 Wartung und Instandhaltung Objektscheinwerfer und Strahler
- 1.3 Dokumentation – Bestandspflege in einem Geographischen Informationssystem
- 1.4 Sonstiger Service

2. Parkscheinautomaten

3. Sonstige Elektroarbeiten

**4. Elektrotechnische Anlage
Marktplatz**

**5. Elektrotechnische Anlage
der Kultur- und Begegnungsstätte**

1. Straßenbeleuchtung

1.1 Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten Straßenbeleuchtungsanlage

- a) Durchführung der Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3
- b) Kontrollgänge zur Überprüfung der Anlagenteile, Leuchtkörper, Masten, Schalt- und Steuerungsanlagen
- c) Anlage auf Verschmutzung, Beschädigung, Korrosion und Befestigung prüfen, reinigen und reparieren
- d) Innenreinigung der Anlagenteile (Schaltschränke, Sicherheitsübergangskasten, Leuchtkörper)
- e) Anschlüsse auf festen Sitz prüfen und nachziehen
- f) gegebenenfalls FI-Schutzschalter auf Funktion prüfen
- g) Bedien-, Mess- und Anzeigeräte auf Funktion prüfen
- h) Einstellungen erforderlichenfalls nachjustieren
- i) Messungen zur Überprüfung der elektrischen Sicherheit
- j) Auswechseln von Leuchtmitteln, einschließlich Lieferung des Materials
- k) Austausch defekter Anlagenteile in den Leuchten und Schaltschränken, einschließlich Lieferung des Materials (Austausch kompletter Leuchten, Masten und Steuerschränke ist nicht Leistungsbestandteil und ist gesondert zu beauftragen.)
- l) Reparatur von Kabel- und Freileitungsschäden der Straßenbeleuchtungsanlage einschließlich Material (Reparaturmuffen Klemmen) sowie der Tiefbauleistungen
- m) Vorhaltung der erforderlichen Kabelmesstechnik/ Kabelfehlerortungstechnik
- n) Bereitschaftsdienst 24h/ 7 Tage, Störungsabarbeitung bei großflächigem Ausfall (z.B. komplette Straße) oder Gefahr im Verzug umgehend und auch außerhalb der Regelarbeitszeit, sonstige Störungsbeseitigungen innerhalb der Regelarbeitszeit

- o) Schrittweiser Umbau der Bestandsanlage (vorhandene Straßenleuchten) auf LED-Leuchtmittel (Retrofit-Leuchtmittel), insofern technisch möglich und erforderlich. Die Umbauarbeiten werden im Zusammenhang von geplanten Wartungsarbeiten (Leuchtmitteleratz) durchgeführt. Maximaler Umfang pro Jahr 150 Lichtpunkte.

Im ländlichen Raum werden die vorhandenen Straßenleuchten im Zusammenhang von geplanten Wartungsarbeiten schrittweise erneuert, insofern erforderlich und technisch möglich. Es wird ein maximaler Umfang von 12 Leuchtkörpern/ Jahr vereinbart.

- p) Reparatur von Schäden an Straßenleuchten, die durch Dritte verursacht wurden (z.B. Verkehrsunfall, Vandalismus)
- Erstellen Schadensprotokoll
 - Sicherung der Schadensstelle
 - Reparatur
 - Abrechnung

Kostentragung:

- Verursacher unbekannt oder Schadensverursacher bekannt aber Forderung nicht durch Stadt einbringbar - Kostentragung über Vertragsbudget durch Auftragnehmer; diese Kostentragung ist auf 5.000 € zzgl. gesetzl. MwSt. pro Jahr begrenzt. Die Kosten (ausschließlich Reparaturkosten bezogen auf die Kostenpositionen oben) über 5.000 € pro Jahr trägt die Stadt;
- Verursacher bekannt – Kostentragung/ Abwicklung über die Stadt mit dem Schadensverursacher bzw. dessen Versicherung.

1.2 Wartung- und Instandhaltung der Objektscheinwerfer und Strahler

Durchführung der Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3 für folgende Anlagen:

- a) Strahler auf dem Markt für die Anstrahlung des Rathauses
- b) Strahler für die Anstrahlung der Stadtkirche
- c) Bodenstrahler am Breiten Turm
- d) Strahler für die Anstrahlung des Breiten Turms

- e) Bodenstrahler Baumbereich auf dem für Marktplatz
- f) Bodenstrahler für Wasserspiele Marktplatz
- g) Bodenstrahler Postenmeilensäule am Roßplatz
- h) Bodenstrahler im Bereich Marienplatz/ Schulze-Delitzsch Denkmal

1.3 Dokumentation - Bestandspflege in einem Geographischen Informationssystem

- a) Anfertigen und Führen von Bestandsplänen ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Anlagen.

Die Bestandsdaten sind in einem Geographischen Informationssystem zu führen.

Bei der Neuerrichtung von Straßenbeleuchtungsanlagen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen ist durch die Stadt Delitzsch die fachgerechte Einmessung der Kabellagen durchzusetzen. Die dafür entstehenden Kosten werden durch die Stadt Delitzsch übernommen.

- b) Ausgabe von Schachtscheinen, soweit Bestandspläne vorhanden sind und übergeben wurden.
- c) Werden Neuerrichtungen/ Erneuerungen von Straßenbeleuchtungsanlagen von der SWD im Zuge von Netzerneuerungen/ -erweiterungen des Stromnetzes durchgeführt, so wird die Einmessung von der SWD übernommen. Insofern keine Topographie vorhanden ist, so sind diese Einmessdaten von der Stadt Delitzsch oder dem Erschließungsträger entsprechend der Einmessvorschrift der SWD bereitzustellen.
- d) Einmessung und Erfassung von Bestandsanlagen im Geographischen Informationssystem für Anlagenbereiche, die bisher nicht in einem Bestandsplan dargestellt und erfasst waren.
- e) Für den Bestand der Straßenbeleuchtungsanlage sind die Sachdaten vorzuhalten. (z.B. Standort, Masttyp, Leuchtentyp, Leuchtmittel etc.)

Führen einer Bestandsliste und jährliche Meldung der Zu- und Abgänge an die Stadtverwaltung.

Die Bestandsdaten der Straßenbeleuchtungsanlage (graphische Darstellung mit Sachdaten) wird mit der jährlichen Meldung, in Form des GIS-Austauschformats SHAPE, an die Stadtverwaltung übermittelt.

1.4 Sonstiger Service

Die SWD erbringen eine Unterstützung bei der Planung neuer Beleuchtungsanlagen in folgendem Umfang:

- a) Erstellen von Netzkonzepten und Netzgestaltung bei Baumaßnahmen
- b) Vorschläge für Netzanbindepunkte neuer Straßenbeleuchtungsanlagen
- c) Koordinierung der Bauleistungen bei Neuerrichtung von Straßenbeleuchtungsanlagen
- d) Erstellung von Kostenschätzungen in Vorbereitung von Investitionsmaßnahmen
- e) Werden Neuerrichtungen / Erneuerungen von Straßenbeleuchtungsanlagen von der SWD im Zuge von Netzerneuerungen / -erweiterungen des Stromnetzes durchgeführt, so wird die erforderliche lichttechnische Berechnung nach DIN EN 13201-1 bis DIN EN 13201-5 durchgeführt und die notwendigen Planungsleistungen von der SWD erbracht.
- f) Bei Straßenbeleuchtungserneuerungen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen der Stadt Delitzsch werden nach gesonderter Beauftragung Planungsleistungen mit lichttechnischer Berechnung nach DIN EN 13201-1 bis DIN EN 13201-5, sowie die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen erbracht.

2. Parkscheinautomaten

- a) Versetzen, Wechseln und Entfernen der Anlagen; für die Beschaffung und Bezahlung der Anlagen sowie die Geldentleerung und Parkzeitenfestsetzung ist die Stadt verantwortlich
- b) Wartung und Instandsetzung der Elt-Anschlüsse

Standorte Parkscheinautomaten

- Lindenstraße	1 Stück Solar mit Elt-Anschluss
- Eilenburger Straße	6 Stück mit Elt-Anschluss
- Ritterstraße	2 Stück Solar mit Elt-Anschluss
- Marienstraße/Marienplatz	1 Stück Solar mit Elt-Anschluss
- August-Fritzsche-Straße	3 Stück Solar mit Elt-Anschluss

- Töpfergasse	1 Stück Solar mit Elt-Anschluss
- Markt	1 Stück mit Elt-Anschluss
- Hallesche Straße	1 Stück Solar mit Elt-Anschluss
- Breite Straße	1 Stück Solar
- Am Wallgraben	1 Stück Solar mit Elt-Anschluss
Gesamt:	18 Stück

3. Sonstige Elektro-Arbeiten

- a) Die vorhandenen Baustromverteiler der Stadt für Veranstaltungen sind auf gesonderten Auftrag zu errichten bzw. abzubauen.
- b) Die Kontrollarbeiten an den städtischen Lichtsignalanlagen beschränken sich auf die Kontrollen, ob bei Störungen Spannung anliegt. Danach erfolgt eine Information an das Sachgebiet Tiefbau. Für die Wartung bleibt die Stadt verantwortlich, es bestehen Wartungsverträge.

4. Elektrotechnische Anlage Marktplatz und Brunnenanlage Genesung

- a) Wartung- und Instandhaltung nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3
- b) Messungen zur Überprüfung der elektrischen Sicherheit
- c) Austausch defekter Anlagenteile, einschließlich Lieferung des Materials (Kleinmaterial)
- d) Bei Schäden an den Unterflurverteilungen wird der Stadt Delitzsch durch die SWD ein Reparaturangebot erstellt und separat an die SWD beauftragt.
- e) Reparatur von Kabelschäden der Anlage einschließlich Material (Reparaturmuffen, Klemmen) sowie der Tiefbauleistungen
- f) Vorhaltung und Einsatz der erforderlichen Kabelmesstechnik, Kabelfehlerortungstechnik

- g) Kontrollgänge Springbrunnentechnik, Reinigung bei Verschmutzung, Zusatzstoffe für Brunnenkreislauf auffüllen (Zusatzstoffe werden von der SWD bereitgestellt), Einstellung der Auslaufdüsen
- h) Kontrolle und Wartung des Tief- und Wasserbrunnens (im Bereich Sparkasse)
- i) Die Beauftragung der jährlichen Inbetriebnahme bzw. Außerbetriebnahme der Brunnenanlage/ -technik des Marktplatzes an eine geeignete Firma für Wassertechnik wird von der Stadt Delitzsch vorgenommen und die Kosten dafür getragen. Die Kosten für Reparaturen werden ebenfalls von der Stadt Delitzsch getragen.

5. Elektrotechnische Anlage der Kultur- und Begegnungsstätte

- a) Wartung- und Instandhaltung nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3
- b) Messungen zur Überprüfung der elektrischen Sicherheit
- c) Austausch defekter Anlagenteile, einschließlich Lieferung des Materials (Kleinmaterial)
- d) Bei Schäden an den Festplatz-/ Unterflurverteilungen wird der Stadt Delitzsch durch die SWD ein Reparaturangebot erstellt und separat an die SWD beauftragt
- e) Reparatur von Kabelschäden der Anlage einschließlich Material (Reparaturmuffen, Klemmen) sowie der Tiefbauleistungen
- f) Vorhaltung und Einsatz der erforderlichen Kabelmesstechnik, Kabelfehlerortungstechnik
- g) Kontrollgänge Brunnentechnik - Tiefbrunnen
- h) der Betrieb der öffentlichen Toilette obliegt der Stadt Delitzsch

Anlage 2 - Anlagenbestand der Dienstleistungen für die Straßenbeleuchtungsanlage der Stadt Delitzsch

Zeitraum	Leistungsumfang	Anzahl	€/ netto/ Lichtpunkt	Vergütung/ Jahr (netto)
Gesamtbestand (01.01.2020) gemäß Anlage 1 zum Straßenbeleuchtungsvertrag	Bestand nach GIS-Auswertung	4.161	48,90 €	203.472,90 €
Gesamtbestand (01.01.2020) gemäß Anlage 1 zum Straßenbeleuchtungsvertrag	Marktplatz Delitzsch	1 psch.		1.716,00 €
Gesamtbestand (01.01.2020) gemäß Anlage 1 zum Straßenbeleuchtungsvertrag	Kultur-/ Begegnungsstätte	1 psch.		1.716,00 €
			Summe netto	206.904,90 €
			Summe brutto	246.216,83 €